

worden ist. Jedenfalls war die badensche Regierung, die Sache mochte liegen wie sie wollte, höchlichst dabei interessiert, die für die Schuld hingegebenen Inhaberpapiere zu erlangen, und so erschien denn im Jahre 1812 in Prag ein Individuum, Namens Ekan Reutlinger, welches sich als Agent der badenschen Regierung auswies, und mit dem Kurfürsten wegen Aushändigung der Papiere in Unterhandlung treten wollte. Auffallender Weise ging man darauf ein, sich mit einem, seiner bürgerlichen Stellung nach untergeordneten Menschen einzulassen; rein unbegreiflich war es aber, daß die beiden kurfürstlichen Kommissare, Kabinetssrath Schminke und Kriegsrath Knag, die Behauptung Reutlinger's, das Geld sei an Napoleon bezahlt, für baare Münze nahmen. Am 7. September 1812 (Schlacht bei Borodino), verständigte man sich schließlich dahin, daß eine verhältnißmäßig geringe Summe, irre ich nicht, 150,000 oder 250,000 Gulden von Baden bezahlt wurde, und dieses dafür die Papiere erhielt.

Man hielt nun die Sache für abgemacht. Dem war aber nicht so. Im Jahre 1818 erschien Herr Ekan Reutlinger in Kassel und machte dort die Mittheilung, daß er damals in Prag gelogen, wenn er gesagt habe, das Geld sei an Napoleon bezahlt, und daß er, diese Unwahrheit vorzubringen, in Karlsruhe ausdrücklich instruiert worden sei. Baden habe an Napoleon keinen Heller bezahlt. Reutlinger war immittels in Konkurs gerathen, er glaubte, einen Anspruch darauf gehabt zu haben, daß die badensche Regierung seinen Vermögensverfall abwende, wollte sich an denselben rächen, und rechnete wohl auch darauf, in Kassel eine ansehnliche Belohnung zu erhalten. Kurz er war keineswegs ein vollgültiger Zeuge, und es wäre deshalb unbillig, hier das zu wiederholen, was er über die Person, welche ihn instruiert haben sollte, die erwähnte Lüge vorzubringen, aus sagte. Die Sache gewann nun eine andere Gestalt. Selbstverständlich verlangte Hessen von Baden das Darlehn, abzüglich des in Prag gezahlten Betrags, zurück. In den deshalbigen Verhandlungen beharrte Baden bei der Behauptung, an Napoleon Zahlung geleistet zu haben. Die Wichtigkeit dieser Behauptung mußte festgestellt werden. Auch an die Bundesversammlung war die Sache durch den Antrag Kurhessens gediehen, ein Gericht zu bestimmen, welches die Sache entscheiden solle. So zog sich die Sache jahrelang hin, und es war schon Guizot in Frankreich an die Spitze der Geschäfte gelangt, als der hessische Gesandte um Nachforschung in den

Archiven darüber bat, ob die behauptete Zahlung stattgefunden. Guizot schlug das unter der Motivierung ab, daß er keinen Grund habe, Schritte zu unterstügen, die gegen Baden gerichtet seien. Der deshalbige Vorschlag des hessischen Gesandten, sich nun der Hülfe eines zu verschiedenen Zeiten oft genannten, Mannes zu bedienen, wurde gebilligt. Dieser Mann war der von dem abgesetzten Herzog Karl von Braunschweig zum Staatsrath ernannte Herr Klindworth. Derselbe versprach die Herbeischaffung der erforderlichen Nachweisungen. Als nun der Gesandte längere Zeit von Klindworth nichts hörte, und diesen deshalb interpellirte, antwortete derselbe das *travailler pour le roi de Prusse* sei seine Sache nicht, zunächst müsse bezahlt werden. Klindworth erhielt nun einige tausend Francs; es dauerte nun nur kurze Zeit, und er überbrachte Dokumente, aus welchen sich die Unwahrheit der Zahlungseinrede unwiderleglich ergab. Die Sache wurde nun, jedoch erst, nachdem wieder Jahre verstrichen waren, was sich aus den damaligen Zeitverhältnissen, wenigstens zum Theil, erklärt, beim Bundestag wieder angeregt, oder genau genommen, der badenschen Regierung wurde erklärt, daß man dies in aller Kürze thun werde. Es wurden jetzt wieder Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen angeknüpft, die insofern zum Ziele führten, als Baden sich bereit erklärte, noch 200,000 fl. zu zahlen. Trotz des hier geschilderten Sachverhalts kostete es dem damaligen Minister von Mehlenbug Mühe, die Genehmigung der 2ten Kammer der badenschen Landstände zu diesem Vergleiche zu erlangen. Mehlenbug erklärte bei dieser Gelegenheit in der Kammer, diese höchst fatale Sache müsse endlich aus der Welt geschafft werden. Die gezahlten 200,000 fl. wurden zwischen Haus- und Staats-Schatz getheilt.

Auf die Anfrage, ob die Beilegung dieser Sache nicht Veranlassung zu einem Ordensaus-tausch biete, welche Anfrage von badischer Seite erging, antwortete der Kurfürst Friedrich Wilhelm, er verleihe seine Orden nicht dafür, daß Kurhessen betrogen sei. Diese Antwort mag der hessische Gesandte wohl nicht wörtlich ausgedrückt haben. —

Ein anderes Bild als das vorstehend entrollte, gewährt das Verhalten der freien und Hanse-Stadt Bremen. Auch diese hatte vom Kurfürsten Geld geliehen, ich weiß nicht mehr, ob es 40,000 Thaler Gold, oder 40,000 Louisdor waren. Die Anleihe muß kurz vor der Kata-